

| 20. August 2021

DEM SCHULDENBERG ZUM TROTZ: EIN INVESTITIONSPROGRAMM FÜR DEUTSCHLAND?

- Alle Parteien mit realistischen Chancen auf eine Regierungsbeteiligung versprechen umfangreiche staatliche Investitionen in Klimaneutralität, Digitalisierung und Infrastruktur. Gut 30 Tage vor der Wahl ist die konkrete Verwendung der Mittel nicht ausdifferenziert - wir erwarten viel Spielraum in der Verteilung im ersten Jahr der neuen Bundesregierung.
- Die massive Corona-Neuverschuldung und die verfassungsrechtliche Schuldenbremse werfen jedoch große Zweifel an der Finanzierbarkeit dieser Vorhaben auf. Die Schuldenbremse wird mit großer Wahrscheinlichkeit nicht gänzlich fallen, Anpassungen werden allerdings nötig sein, um den Herausforderungen der Zukunft begegnen zu können.
- Armin Laschet schlägt einen Hybridfonds aus staatlichem und privatem Kapital vor. Die SPD will Reiche und Top-Verdiener stärker besteuern, um den Bundeshaushalt aufzustocken. Die Grünen fordern eine Anpassung der Schuldenbremse, um Investitionen in Klimaneutralität und Bildung zu ermöglichen. Die FDP beharrt auf Einhaltung des Instruments und will Ausgaben in anderen Bereichen verringern.

„Wir investieren“ – das Wahlkampfversprechen aller Parteien

Das Deutsche Institut der Wirtschaft sieht bundesweit einen großen Bedarf für staatliche Investitionen, besonders im Hinblick auf Energiewende, Verkehrsinfrastruktur und Digitalisierung. Rund 200 Milliarden Euro müssten bis 2030 dafür veranschlagt werden, dass Deutschland in diesen Bereichen international nicht weiter zurückfällt. Zudem schätzt die Beratungsgesellschaft McKinsey den europäischen Investitionsbedarf auf rund 28 Billionen Euro in den nächsten 30 Jahren – allein zur Erreichung der Klimaziele.

Ein Konsens, der alle demokratischen Parteien miteinander vereint: Wahlkampf mit milliarden schweren Investitionsversprechen. Die Fragen nach der konkreten Verwendung

und der Gegenfinanzierung bleiben jedoch weitestgehend unbeantwortet.

Schuldenbremse: Corona-Verbindlichkeiten werden zur Bürde

Die historische Neuverschuldung durch die Coronakrise und die verfassungsrechtlich verankerte Schuldenbremse werfen Zweifel daran auf, wie realistisch die großzügigen Investitionsversprechen der vier Parteien sind.

Seit Pandemiebeginn sind die Schulden des Bundes um weitere 370 Milliarden Euro angewachsen. Der aktuelle Bundeshaushaltsplan sieht zudem eine zusätzliche Kreditaufnahme von rund 100 Milliarden Euro im nächsten Jahr vor.

Die Schuldenbremse verbietet Bund und Ländern, unabhängig vom Konjunkturverlauf Kredite aufzunehmen. Damit blockiert sie

weitere schuldenbasierte öffentlichen Investitionen.

Alternativ hätte der Bund die Möglichkeit, sein Budget mithilfe höherer Steuereinnahmen aufzustocken. Doch das Thema Steuererhöhung entzweit die Parteienlandschaft. Während Union und FDP für signifikante Steuerentlastungen plädieren, wollen die Grünen und SPD vor allem Vermögende und Spitzenverdiener stärker besteuern. Ob erhöhte Vermögens- oder Erbschaftssteuereinnahmen die Kosten der geplanten Investitionsoffensiven decken würde, ist allerdings zu bezweifeln.

Was die Parteien planen:

Die Parteien haben daher unterschiedliche Ansätze entwickelt, wie die Finanzierung ihrer Investitionsversprechen umgesetzt werden könnte.

CDU/CSU: Einführung eines Deutschlandfonds

Der CDU-Spitzenkandidat Armin Laschet hat die Einrichtung eines "Deutschlandfonds" vorgeschlagen, um trotz Schuldenbremse Investitionen tätigen zu können. Der abseits der Schuldenbremse operierende Fonds soll sich aus staatlichem Geld sowie dem Kapital privater Investoren zusammensetzen und so neue Investitionsoptionen schaffen. Da die Schuldenbremse traditionell ein Kernanliegen der Union ist, musste Laschet für diesen Vorschlag besonders aus den eigenen Reihen viel Kritik einstecken. Laschets Abkehr von der klaren parteiinternen Positionierung deutet auf einen Annäherungsversuch an die Grünen als potenziellen Koalitionspartner hin.

SPD: Der Schatzmeister als Kanzlerkandidat

Auch die Sozialdemokraten planen Investitionen im großen Stil: Die Partei verspricht, Gründer und gemeinwohlorientierte

Unternehmen zukünftig mit mindestens 50 Milliarden Euro jährlich zu fördern. Ein umfassendes Modernisierungspaket soll die Digitalisierung des Bildungswesens vorantreiben. Außerdem soll das marode Bahnnetz saniert und ausgebaut werden. Die ausreichende Gegenfinanzierung durch eine Erhöhung der Erbschafts- und Vermögenssteuer, scheint jedoch fraglich.

Olaf Scholz Ankündigung, die Schuldenbremse ab 2023 wieder einhalten zu wollen, wird daher als nicht haltbares Wahlkampfversprechen abgetan.

Grüne: Klimainvestitionen erlauben

Die Grünen geben ein Investitionsversprechen von rund 500 Milliarden Euro verteilt über dieses Jahrzehnt, um die „sozial-ökologische Transformation“ Deutschlands voranzutreiben. Grünen Co-Vorsitzender, Robert Habeck, hat als Ausweg aus den finanziellen Restriktionen eine Investitionsregel vorgeschlagen. Diese soll ausschließlich Investitionen in den Klimaschutz und in den Aufbau von volkswirtschaftlichen Vermögen, wie der Renovierung von Schulgebäuden oder dem Ausbau von Glasfasernetzen, ermöglichen. Auf diese Weise könnte den potenziellen Partnern von Union und FDP eine sicherlich nicht goldene, aber doch gangbare Brücke in eine gemeinsame Koalition gebaut werden.

FDP: Erst staatliche Ausgaben verringern

Die Liberalen haben auf ihrem Parteitag deutlich gegen Steuererhöhungen oder eine Aussetzung der Schuldenbremse gestimmt. Durch die auf diese Weise gesetzten roten Linien wird es für die Liberalen schwierig, mit anderen Parteien außer der Union einen gemeinsamen Nenner zu finden. Es erscheint wahrscheinlich, dass sie nach Aufstellung dieser Maximalforderungen im Falle einer

Koalitionsbildung deutliche Anpassungen an ihren bisherigen Versprechen vornehmen müssen.

Ausblick: Aufweichen der Schuldenbremse durch Investitionsregel

Mit hoher Wahrscheinlichkeit müssen die Parteien größere Kompromisse eingehen, denn Investitionen in der versprochenen Größenordnung ohne weitere Staatsverschuldung oder ein Aufweichen der Schuldenbremse kann es nicht geben. Auch konsensfähige Steuererhöhungen wie die Einführung einer Digitalsteuer sind mit geschätzten Mehreinnahmen von rund einer Milliarde Euro nur ein Tropfen auf dem heißen Stein und bieten keinen Ausweg aus dem parteipolitischen Dilemma.

Es erscheint realistisch, dass zwar die Schuldenbremse nicht fallen wird, aber Ergänzungen an ihr vorgenommen werden, um die investive Handlungsfähigkeit der nächsten Bundesregierung zu wahren. Union und Grüne haben dafür schon Bereitschaft signalisiert. Sollte es für die beiden zusammen nicht reichen, werden sie die FDP mit Zugeständnissen an anderen Stellen locken müssen.

Diese Erkenntnis dürfte vor allem bei Branchen, die von groß angelegten staatlichen Investitionen in Klimaneutralität, Digitalisierung und Infrastruktur profitieren würden, für Zuversicht sorgen. Obwohl die Größenordnung potenzieller Investitionspakete mit Sicherheit von etwaigen Koalitionszusammensetzungen abhängig ist, sind staatliche Investitionen in Bereichen wie zum Beispiel in E-Mobilität, Speichereffizienz und Netzausbau grundsätzlich unumgänglich.